

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

heute möchte ich Ihnen einen kurzen Überblick über die erste Sitzungswoche nach der parlamentarischen Sommerpause geben, bei der es sich traditionell um eine Haushaltswoche handelt. Dabei liegt der Fokus auf dem Haushaltsentwurf der christlich-liberalen Koalition für den Bundeshaushalt 2013. Ferner gebe ich Ihnen wie gewohnt einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

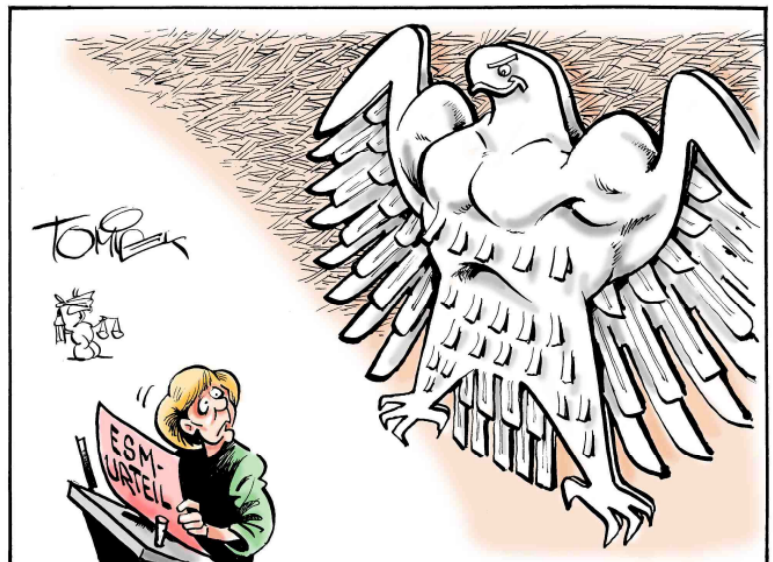
Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr

Egon Jüttner

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. Haushaltswoche im Bundestag
2. Der Bundeshaushalt einzelner Ressorts
3. Relevantes aus Mannheim und der Region



STARKE'S URTEIL



1. Haushaltswoche im Bundestag

Die Sitzungswoche in Berlin stand ganz im Zeichen der Haushaltsberatungen. Der Haushaltsentwurf für das Jahr 2013 sieht Ausgaben in Höhe von 302,2 Milliarden Euro vor. Diese Ausgaben werden durch Steuereinnahmen von 259,8 Milliarden Euro, sonstige Einnahmen von 23,6 Milliarden Euro und eine Nettokreditaufnahme von 18,8 Milliarden Euro gegenfinanziert. Besonders erfreulich ist, daß die nach der Schuldenbremse maximal mögliche Nettokreditaufnahme von 42,7 Milliarden Euro damit um knapp 24 Milliarden Euro unterschritten wird. Die weiterhin günstige Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung stärkt einerseits die Einnahmen des Bundes und dämpft andererseits Zinsen und wesentliche Ausgaben im Sozialbereich. Dies ermöglicht der christlich-liberalen Koalition, sich auf die von ihr gesetzten Schwerpunkte im Bereich Bildung und Forschung sowie bei der personellen Unterstützung der Energiewende zu konzentrieren. Sowohl das neu eingeführte Betreuungsgeld als auch substantielle Tariferhöhungen im öffentlichen Dienst und der deutsche Anteil am Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) sind sicher gegenfinanziert. Dank der positiven Entwicklung der Arbeitsmarktzahlen können zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen in den Bereichen der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung sowie bei der Arbeitsförderung getroffen werden. Nach derzeitigem Planungsstand der Bundesregierung fällt der Bundeszuschuß an die Rentenkasse um 1 Milliarde Euro geringer und der an den Gesundheitsfonds sogar um 2 Milliarden Euro geringer aus. Allein die Entflechtung der Haushalte von Bund und Bundesagentur für Arbeit bringen dem Bundeshaushalt eine Entlastung von 2,15 Milliarden Euro, ohne daß der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung erhöht werden muß.

Eine große Entlastung für den Bundeshaushalt stellen auch die gesunkenen Personalkosten dar. Der Gesamtstellenbestand in der Bundesverwaltung soll 2013 zwar um 816 Stellen erhöht werden, er liegt mit insgesamt 251.300 jedoch unter dem Bestand von 2010 (262.600) und dem einigungsbedingten Höchststand im Jahre 1992 (380.900). Die christlich-liberale Koalition hat ihr personelles Konsolidierungsziel damit erreicht.

2. Der Bundeshaushalt einzelner Ressorts

Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Das Gesamtvolumen dieses Ressorts liegt aufgrund der besonderen Anforderungen aus der Energiewende im Jahr 2013 mit 1,65 Milliarden Euro um 74 Millionen Euro höher als im Jahre 2012. Hiermit sind das Ministerium und die untergeordneten Behörden mit ausreichenden Mitteln bedacht worden, um die von der Koalition beschlossene Energiewende umzusetzen.

Bildung und Forschung

Der Etat dieses Ressorts wird um 800 Millionen Euro auf 13,7 Milliarden Euro erhöht. Hierdurch wird die angestrebte Bildungsrepublik Wirklichkeit. Der Bund stellt den Ländern für die Einrichtung zusätzlicher Studienplätze 1,85 Milliarden Euro zur Verfügung. Die Studienfinanzierung in Form von BAföG und Stipendien ist mit mehr als 1 Milliarde Euro abgesichert.



Gesundheit

Dank des Zuwachses der Reserven in der Gesetzlichen Krankenversicherung aufgrund der günstigen Konjunktur sind in diesem Etat einmalige Einsparungen in Höhe von 2 Milliarden Euro möglich. Er beträgt nun 21,8 Milliarden Euro.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Deutschland hat sich gemeinsam mit anderen Industrieländern verpflichtet, im Jahre 2015 0,7% des Bruttoinlandsproduktes für die Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen. Wir sind auf einem guten Weg, dieses Ziel zu erreichen. Mit 6,42 Milliarden Euro ist Deutschland schon jetzt nach den Vereinigten Staaten der zweitgrößte Geber für internationale Entwicklungszusammenarbeit.

Verteidigung

Im Haushalt für das Jahr 2013 sind für dieses Ressort 33,3 Milliarden Euro vorgesehen. Ziel ist es, diesen Etat bis zum Jahr 2016 auf 32,5 Milliarden Euro zu kürzen. 1,4 Milliarden Euro fallen auf die verbesserte Bezahlung der Soldaten und Zivilangestellten sowie auf erhöhte Aufwendungen für Liegenschaften.

Wirtschaft und Technologie

Aufgabenschwerpunkt dieses Etats ist ebenfalls die Energiewende. Es ist besonders wichtig, daß Deutschland auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien führend bleibt, um nachhaltige und langfristige Alternativen zur Atomkraft anzubieten. Diese Technologie soll in Deutschland entwickelt werden. Es handelt sich um unverzichtbare Zukunftsinvestitionen, die Deutschlands Unabhängigkeit vom Energiemarkt und unsere Vorreiterrolle im Bereich der erneuerbaren Energien garantieren sollen.

Arbeit und Soziales

Der größte Etat umfaßt im Jahre 2013 118,7 Milliarden Euro. Der größte Einzelposten darin wiederum ist der Zuschuß an die Rentenkasse in Höhe von 85,1 Milliarden Euro. 31,4 Milliarden Euro werden für den Arbeitsmarkt ausgegeben. Eine substantielle Beitragskürzung zur Rentenversicherung bleibt trotz der Kürzung des Bundeszuschusses für die Rentenkasse um 1 Milliarde Euro möglich.

Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Über die Hälfte des 25,7 Milliarden umfassenden Etats dieses Ressorts werden für Investitionen aufgebracht, wobei rund 10 Milliarden auf die klassischen Verkehrsträger Straße, Schiene, Wasserstraße und kombinierter Verkehr fallen.

3. Relevantes für Mannheim und die Region

Anfang September habe ich mich in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann MdL, gewandt und ihn auf eine Reihe schwerwiegender Entscheidungen aufmerksam gemacht, die negative Auswirkungen auf Mannheim als bedeutendem Verwaltungs- und Wirtschaftsstandort haben. Ich habe meine Sorge über die Kumulation von Ämterschließungen beziehungsweise drohenden Ämterschließungen in Mannheim dargelegt.



Im Wege der Bundeswehrreform wird das Kreiswehrrersatzamt Mannheim geschlossen, obwohl es sich hierbei um eines der erfolgreichsten Kreiswehrrersatzämter in der Bundesrepublik handelt. Im Zusammenhang mit dem Konzentrationsprozeß im Grundbuchwesen soll künftig das Grundbuchamt Tauberbischofsheim auch für den Bereich Mannheim zuständig sein. Nach meinem Kenntnisstand ist für Mannheim nicht einmal eine Außenstelle vorgesehen. Im Wege der Reform der Binnenzollamtsstrukturen besteht ebenfalls die Gefahr der Schließung des Zollamtes in Mannheim. Die Reform der europäischen Patentgerichtsbarkeit droht das Ende für die erfolgreiche Patentgerichtskammer beim Landgericht Mannheim zu werden. In der aktuellen Diskussion befinden sich die schlechten Nachrichten zum Wasser- und Schifffahrtsamt Mannheim, das bis 2020 als Außenstelle von Freiburg fungieren und dann ganz geschlossen werden soll. Dies ist für die Stadt mit dem zweitgrößten Binnenhafen der Bundesrepublik Deutschland und dem größten Binnenhafen in Baden-Württemberg eine katastrophale Nachricht. Nicht mindere Befürchtungen hat die Diskussion um die Zukunft der Zweiten Medizinischen Fakultät in Mannheim ausgelöst. Nachdem die Kooperation der Universitäten Mannheim und Heidelberg als innovativer Schritt zur Vermeidung von Doppelstrukturen seit ihrem Bestehen gepriesen wurde, wurde kürzlich bekannt, daß Mannheim als Medizinstudienort gefährdet sei. Zweifelsfrei kann man dieser langen Liste noch die beiden „Dauerbrenner“ um die Infrastruktur Mannheims, den Ausbau des Knotens Mannheim und den Anschluß an die ICE-Neubaustrecke Rhein/Main-Rhein/Neckar, hinzufügen.

Es ist mir wichtig, sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene auf die Bedeutung der zweitgrößten Stadt Baden-Württembergs aufmerksam zu machen und ich habe in der aktuellen Diskussion um die Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes Verkehrsminister Dr. Ramsauer MdB in einem Schreiben gebeten, die angedachten Maßnahmen im Lichte anderer Umstrukturierungsmaßnahmen zu sehen, durch die Mannheim ebenfalls betroffen ist.

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: egon.juettner@bundestag.de

Internet: www.egon-juettner.de